



Niederschrift
zur 21. Sitzung
des Sozialausschusses
am 12.08.2020
um 18:00 Uhr in der Aula der Gesamtschule Emmerich am Rhein,
Paaltjessteege 1 46446 Emmerich am Rhein

Tagesordnung

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 22.01.2020
- 3 07 - 16 2330/2020 Antrag zur Erstellung eines Gesundheitsberichtes mit Perspektiven für die gesundheitliche und pflegerische Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emmerich am Rhein; hier: Antrag Nr. VIII/2020 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
- 4 07 - 16 2331/2020 Jahresbericht des Jobcenters der Stadt Emmerich am Rhein 2019
- 5 07 - 16 2332/2020 Einführung Grundrente
- 6 07 - 16 2333/2020 Auswirkungen Corona - aktueller Sachstand
- 7 Mitteilungen und Anfragen
- 8 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Elke Trüpschuch

Mitglieder CDU

Herr Erik Arntzen

Frau Sandra Bongers

Herr Gerhard Gertsen

Frau Irmgard Kulka

Herr Herbert Ulrich

Frau Silke Jelinski

für Mitglied Keles

für Mitglied Lorenz

Mitglieder SPD

Herr Manfred Mölder
Frau Regina Booms
Frau Sandra Wittke

Mitglieder BGE

Herr Udo Tepas
Herr Christopher Papendorf

Mitglieder GRÜNE

Herr Jürgen Brockmann

Mitglieder Embrica

Herr Werner Stevens

Mitglieder UWE

Herr Gerd-Wilhelm Bartels

von der Verwaltung

Herr Peter Hinze	Bürgermeister
Herr Markus Dahms	
Frau Vera Artz	
Herr Arnfried Barfuß	
Herr Bryan Delsing	Schriftführer

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18.00 Uhr. Sie begrüßt die Ausschussmitglieder, die Damen und Herren der Verwaltung, den Pressevertreter sowie die Zuhörer. Die Vorsitzende stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen sei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt die Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt Nr. 6; Vorlage: 07 - 16 2330/2020, Antrag zur Erstellung eines Gesundheitsberichts mit Perspektiven für die gesundheitliche und pflegerische Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emmerich am Rhein; hier: Antrag Nr. VIII/2020 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein vor dem Tagesordnungspunkt Nr. 3, Jahresbericht des Jobcenters der Stadt Emmerich am Rhein 2019, Vorlage: 07 – 16 2331/2020 zu beraten.

Dem Antrag wird einstimmig gefolgt.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 22.01.2020

Die gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Festlegung vorgelegte Niederschrift wird genehmigt. Sie wird von der Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

3. Antrag zur Erstellung eines Gesundheitsberichtes mit Perspektiven für die gesundheitliche und pflegerische Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emmerich am Rhein; hier: Antrag Nr. VIII/2020 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
Vorlage: 07 - 16 2330/2020

Bürgermeister Hinze erläutert, dass vor geraumer Zeit eine gut besuchte Podiumsdiskussion mit Vertretern von AOK, der kassenärztlichen Vereinigung sowie der Ärzteschaft im Stadttheater stattgefunden habe. Hier sei es zu einer lebhaften Diskussion über die Situation der ärztlichen Versorgung vor Ort gekommen. Daraus seien mehrere Zusammentreffen einiger Ärzte und Vertretern des Krankenhauses entstanden, bei dem man zu dem Ergebnis gekommen sei, dass dieses Thema weiterverfolgt werden solle, insbesondere im Hinblick darauf, dass immer mehr Ärzte in den Ruhestand gingen und sich die Frage stelle, wie die zukünftige hausärztliche Versorgung in Emmerich am Rhein sichergestellt werden könne. In diesem Zusammenhang habe ein Treffen mit den Vertretern aus dem Krankenhaus stattgefunden, zu dem auch die Assistenzärzte eingeladen worden seien. Die Resonanz seitens der Assistenzärzte sei jedoch nicht so groß gewesen, sodass vereinbart worden sei nochmals ein Treffen im Krankenhaus stattfinden zu lassen, um den Assistenzärzten Gelegenheit einer Teilnahme durch kurze Wege zu geben. Dieser Austausch und die Kontaktpflege mit den Assistenzärzten solle dazu führen, dass diese sich vielleicht nach der Zeit im Krankenhaus für eine Anstellung im Krankenhaus oder in einer Praxis vor Ort entscheiden. Pandemiebedingt kam es hier bei der weiteren Planung unvermeidbar zu einer großen zeitlichen Verzögerung. Aufgrund der gesehenen Notwendigkeit bestehe weiterhin ein großes Interesse an der Weiterführung dieser Austauschrunden seitens der Beteiligten im Rahmen einer lokalen Gesundheitskonferenz. Daraus sei der nun vorliegende Antrag der SPD entstanden. Bürgermeister Hinze hofft, dass es unter den derzeitigen Bedingungen auch noch in diesem Jahr gelingen werde eine Gesundheitskonferenz stattfinden zu lassen. Er weist daraufhin, dass diese Thematik unabhängig vom derzeitigen Wahlkampf zu werten sei, da bereits weitere Ärzte kurz vor dem Ruhestand stünden und es für die Bürgerinnen und Bürger wichtig sei, dieses Thema weiter zu verfolgen, schon jetzt sei die Auslastung der Hausärzte sehr groß und weitere Verluste von Ärzten seien sehr schwer zu kompensieren. Ziel der im Antrag genannten Gesundheitskonferenz sei es, alle Akteure zusammen zu bringen, den Sachstand vor Ort zu ermitteln und ein Netzwerk herzustellen. Er weist darauf hin, dass es einen Gesundheitsbericht des sich in der Verpflichtung befindlichen Kreises Kleve gäbe, dieser jedoch schon aus dem Jahre 2013 sei.

Abschließend empfiehlt Bürgermeister Hinze dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen, damit der eingeschlagene Weg begangen werden könne.

Mitglied Gertzen teilt mit, dass dieser Antrag in der Fraktionssitzung beraten wurde und man sei zu der Überzeugung gelangt zunächst Beratungsbedarf anzumelden. Aufgrund der Wichtigkeit des Themas wolle man die Mitglieder der nächsten Legislaturperiode mit einbeziehen, sodass zum jetzigen Zeitpunkt der Tagesordnungspunkt nicht mehr auf den Weg gebracht werden solle. Vielmehr wolle man in den Anfang November 2020 neu gegründeten Ausschüssen intern beraten.

Mitglied Mölder führt aus, dass die SPD-Fraktion sich in dem Beschlussvorschlag und der Begründung voll und ganz wiederfände. Es sei gute Vorarbeit geleistet worden. Er stelle deshalb den Antrag nach Beschlussvorschlag zu beschließen.

Dem Antrag auf Beratungsbedarf könne er nicht folgen, da das bedeuten würde, die Aktivität der Verwaltung bis ins nächste Jahr zu verschieben. Es sei sehr wichtig dieses Thema weiterzuverfolgen und die Akteure an einen Tisch zu bringen, auch um schnell die entsprechenden Netzwerke zu schaffen.

Mitglied Bartels pflichtet seinem Vorredner bei. Er sähe in der jetzigen Situation keinen Grund weitere Zeit zu verlieren, da der Antrag der SPD vom 10.02.2020 datiert und bereits einige Zeit vergangen sei. Aus diesem Grunde würde er dem Antrag von Mitglied Gertzen nicht zustimmen wollen.

Bürgermeister Hinze weist darauf hin, dass nicht über Maßnahmen entschieden werden solle, sondern vielmehr der Sachstand ermittelt und ein Netzwerk aufgebaut werden solle. Dies würde dem neuen Sozialausschuss nicht die Gelegenheit nehmen über Dinge, die dann daraus resultieren, zu entscheiden und diese auf den Weg zu bringen. Eine weitere zeitliche Verzögerung würde einen unnötigen Zeitverlust darstellen. Sein dringender Wunsch sei es dem Beschlussvorschlag und nicht dem Antrag auf Beratungsbedarf zuzustimmen.

Mitglied Papendorf fragt, wie die personelle Umsetzung erfolgen solle, wenn die Gesundheitskonferenz sich in einer gewissen Regelmäßigkeit etabliere. Zudem möchte er wissen, wie dann die Vorbereitung, Ausführung, Nachbereitung aussähe und wo dann über die zu erwartenden Ergebnisse berichtet werden solle.

Bürgermeister Hinze weist auf die Vorlage hin und erläutert, dass sich in der Vergangenheit zwei Personen damit beschäftigt haben. Eine Person sei der bisherige Demografiebeauftragte gewesen, den man nun nach seiner Pensionierung zu einem geringen Stundenanteil für weitere sechs Monate habe gewinnen können um die Gesundheitskonferenz vorzubereiten. Nach Etablierung der Gesundheitskonferenz werde man personelle Möglichkeiten finden diese weiterhin zu unterstützen. Die Ergebnisse sollen im Sozialausschuss wiedergespiegelt werden.

Herr Bartels weist darauf hin, dass es sich um ein so wichtiges Thema für die Stadt Emmerich am Rhein handele, dass dieses aus seiner Sicht dauerhaft professionell begleitet werden solle. Dies könne durch einen Einkauf von Leistungen gewährleistet werden.

Bürgermeister Hinze führt aus, dass er der gleichen Meinung sei. Der Umfang sei in der Gesundheitskonferenz zu ermitteln. Zuständig für einen Gesundheitsbericht sei der Kreis Kleve, ihm gehe es darum den Sachstand vor Ort zu ermitteln. Er gehe jedoch auch davon aus, dass dazu eine professionelle Begleitung notwendig sei.

Mitglied Bartels merkt dazu an, dass die Problematik des Ärztemangels auch in allen anderen Kommunen auftrete und die Kommunen sich somit in einer Konkurrenzsituation befänden. Darum solle nicht zu lange gewartet und eine professionelle Unterstützung hinzugezogen werden.

Bürgermeister Hinze erläutert, dass er keine Wettbewerbssituation ausrufen möchte, sondern es vielmehr darum gehe Ärzte und ihre Familien vor Ort individuell zu unterstützen, z.B. bei der Übernahme von Arztpraxen oder aber auch bei finanziellen Fragen. Auch dies solle ein Ergebnis der Gesundheitskonferenz und des Netzwerkes werden, damit Wege verkürzt werden können.

Mitglied Gertzen führt an, dass die stattfindende Diskussion zeige, dass es durchaus noch Beratungsbedarf gäbe. Auch in der Fraktionssitzung sei diskutiert worden, wie hoch der personelle Einsatz sein müsse. Hier solle man nicht den zeitlichen Aufwand scheuen und noch vier weitere Monate abwarten, um dies in einem neuen Gremium zu diskutieren.

Bürgermeister Hinze betont nochmals, dass nichts vorweggenommen werde und dass genau diese Fragen in der Gesundheitskonferenz zusammengetragen und im Austausch beraten werden sollen. Er weist erneut daraufhin, dass bereits pandemiebedingt einige Zeit vergangen sei und bei einer weiteren Verzögerung immer noch keine Ergebnisse vorliegen würden.

Mitglied Tepasß teilt mit, dass er den Beratungsbedarf der CDU-Fraktion nachvollziehen kann. Er möchte außerdem wissen, ob zusätzliche Ärzte überhaupt eine Genehmigung bekommen würden.

Bürgermeister Hinze führt aus, dass es bei dem Antrag nicht darum gehe zusätzliche Ärzte in Emmerich am Rhein zu bekommen, sondern die derzeitige Anzahl der Ärzte auch zu halten.

Herr Barfuß erläutert, dass die Versorgung mit Ärzten in Emmerich am Rhein derzeit unter 100 % liege und aufgrund der grundlegenden Problematik die Zulassungsverfahren durch die kassenärztliche Vereinigung reibungslos verlaufen müssten. Es gehe nun darum Strategien aus der Netzwerkarbeit zu entwickeln um vor Ort mögliche Ressourcen zu nutzen und im Rahmen der Möglichkeiten handeln zu können.

Mitglied Mölder teilt mit, dass er aufgrund der Fragen sähe, dass man zwingend bei dem Beschlussvorschlag bleiben solle, um alle Fragen durch die örtliche Gesundheitskonferenz im Austausch beantworten zu können. Ihm stelle sich gar nicht die Frage dem Beratungsantrag zustimmen zu wollen.

Mitglied Brockmann schließt sich den Ausführungen von Bürgermeister Hinze und Mitglied Mölder an.

Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss beschließt, die Verwaltung mit der „Einrichtung einer lokalen Gesundheitskonferenz (lokGesK)“ am Standort Emmerich am Rhein zu beauftragen und Handlungsoptionen auf lokaler Ebene zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung zu erarbeiten.

Stimmen dafür 8 Stimmen dagegen 7 Enthaltungen 0

4. Jahresbericht des Jobcenters der Stadt Emmerich am Rhein 2019 Vorlage: 07 - 16 2331/2020

Herr Dahms trägt den Bericht des Jobcenters anhand einer Powerpointpräsentation (Anlage) vor. Er erläutert anhand der Kennzahlen im Hinblick auf die Leistungsbezieher und die Integrationsquoten die Entwicklung im zurückliegenden Jahr.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Einführung Grundrente
Vorlage: 07 - 16 2332/2020

Herr Dahms erläutert die Einführung des Grundrentengesetzes zum 01.01.2021 sowie die Zuständigkeit und die Voraussetzungen zum Bezug der Grundrente anhand einer Powerpointpräsentation (Anhang). Im Weiteren weist er auf die bisherigen Prognosen zu Auswirkungen auf Sozialleistungen hin. Insbesondere auf die Schwierigkeit, dass die notwendigen Berechnungen für die Gewährung von Sozialleistungen unter Berücksichtigung der Grundrente wie z.B. Grundsicherung im Alter, Wohngeld, etc. erst erfolgen können, wenn die Rentenversicherungsträger ihre Arbeiten abgeschlossen hätten. Dort sind jedoch die personellen Ressourcen begrenzt, sodass jetzt schon erhebliche Verzögerungen angekündigt worden seien. Dies bedingt, dass auch im Bereich der Gewährung von Sozialleistungen durch die Stadt Emmerich am Rhein ein größerer Arbeitsaufwand zu erwarten sei.

Mitglied Mölders fragt, ob die Stadt Emmerich am Rhein dann ohne rechtssichere Bescheide in Zahlungen eintrete, die dann später wieder zurückgefordert werden müssten, was bei den Leistungsbeziehern zu einem großen Problem führen könnte. Für ihn wäre es sinnvoller das Geld erst bei Feststellung der Rechtssicherheit nachzuzahlen.

Herr Dahms teilt mit, dass eine rechtssichere Regelung sicherlich wünschenswert wäre. Es sei aber auch nicht ungewöhnlich mit vorläufigen Bewilligungen und Bescheiden z.B. bei schwankenden Einkommen zu arbeiten. Für die Sozialleistungsgewährung würde das bedeuten, dass zunächst eine Berechnung im Rahmen der Vorläufigkeit ohne Anrechnung eines Freibetrages erfolgen würde und bei Vorliegen der Voraussetzungen würde der entsprechende Freibetrag nachgewährt werden. Er hoffe jedoch noch auf eine Lösung zwischen dem Ministerium und den Interessensverbänden.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Auswirkungen Corona - aktueller Sachstand
Vorlage: 07 - 16 2333/2020

Herr Dahms beschreibt anhand einer Powerpointpräsentation (Anlage) die aktuellen Auswirkungen der Pandemie auf den Fachbereich für Arbeit und Soziales. Den Daten lägen die Zahlen aus dem internen Controlling sowie den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zu Grunde.

Er geht insbesondere auf den gesetzlich vereinfachten Zugang zu Sozialleistungen im Rahmen der Corona-Pandemie ein.

Im Weiteren weist er auf die notwendigen Umstrukturierungen im Fachbereich Arbeit und Soziales hin, die erforderlich gewesen seien um gerade im passiven Bereich reibungslose Abläufe zur Leistungsgewährung zu garantieren.

So sei im gesamten Fachbereich in einem ersten Schritt in Gruppen im Schichtsystem gearbeitet worden, um bei einer Erkrankung nur auf die Mitarbeiter innerhalb einer Gruppe verzichten zu müssen. Nachfolgend wurde dann auf Homeoffice umgestellt. Zusätzlich sei dadurch Raum gewonnen worden, der nun als Beratungsbüros genutzt werde, um die Wege möglichst kurz zu halten und somit das Infektionsrisiko zu minimieren.

Mitglied Mölder dankt ausdrücklich allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Fachbereichs für ihren flexiblen Einsatz im Namen der SPD-Fraktion.

Er fragt, wie sich Rückzahlungen von Soforthilfen für Selbstständige auswirken würden.

Herr Dahms erläutert, dass diese Soforthilfen im Bereich der Sozialleistungen anrechnungsfrei seien und bei einer Rückzahlung der Soforthilfe sich kein höherer Bedarf ergäbe.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Mitteilungen und Anfragen

Es werden keine Mitteilungen und Anfragen geäußert.

8. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.58 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

46446 Emmerich am Rhein, den 2. September 2020

Elke Trüpschuch
Vorsitzende

Christiane Wöltgen
Schriftführerin